

# Rieser Tageblatt



Druckanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Bernau Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontor:  
Dresden 1530.  
Zirkel:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 80.

Dienstag, 7. April 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Kellamezeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Reste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterstützungsbetrag: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Brüning, Curtius reisen nach London. Die Teilnahme Briands erwartet.

### Englische Einladung an Deutschland Zusammenkunft in Chequers

London, 7. April.

Die „Times“ melden, die britische Regierung habe vor einigen Wochen durch Vermittlung der deutschen Botschaft in London an Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Curtius die Einladung ergehen lassen, im April in London einen privaten freundschaftlichen Besuch abzugeben. Der Zeitpunkt habe indessen Schwierigkeiten gemacht, da die Zeit des Kanzlers und des Außenministers im April in London einen privaten freundschaftlichen Besuch zu machen grundsätzlich für Mai angenommen würde.

Wie wir erfahren, trifft die Meldung der „Times“ zu. Die englische Regierung beabsichtigt, demnächst eine offizielle Einladung nach Chequers ergehen zu lassen. Der Gedanke ist von deutscher Seite begrüßt worden, und Dr. Brüning und Dr. Curtius werden sich gern nach England begeben. Es handelt sich bei dieser Zusammenkunft, deren genauer Termin noch nicht feststeht, um eine intime und freundschaftliche allgemeine Aussprache über alle Fragen, die die beiden Länder gemeinschaftlich interessieren.

### Die Englandreise am 29. April.

\* Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Curtius werden, wie die „Völkische Zeitung“ erfährt, die Reise nach England am 29. April antreten und am 1. Mai Wäite Macdonalds auf seinem Landsitz in Chequers sein. Die Einladung sei bereits vor mehreren Wochen mündlich durch den englischen Botschafter in Berlin übermittelte worden. Sie sei damit motiviert worden, daß Henderson die deutsche Regierung eingehend über die Abmachungen unterrichten möchte, die zwischen England, Frankreich und Italien über die Abrüstung zur See getroffen worden seien. Da Deutschland mit Recht darüber verstimmt gewesen sei, daß über die Abmachungen zwischen den drei Westmächten die deutsche Regierung nur sehr unvollständig unterrichtet worden sei, habe Henderson dieses Deutschland verstimrende Verhalten dadurch wieder gut machen wollen, daß er Dr. Brüning und Dr. Curtius zu einer Aussprache über das gesamte Abrüstungsproblem nach England eingeladen habe. Reichskanzler und Außenminister hätten damals die Einladung vorläufig angenommen.

men, ohne daß ein Termin für den Besuch festgesetzt worden sei. Da inzwischen die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Abkommens erfolgt sei, wäre es zweifelhaft geworden, ob sich die von Henderson angeregte Zusammenkunft noch verwirklichen lassen würde. Während der letzten Tage vor Ostern sei Henderson in einem Gespräch mit dem Vorkanzler von Neurath in London erneut auf die Einladung zu sprechen gekommen und habe um den Vorschlag eines Termins ersucht. Am vergangenen Donnerstag sei telefonisch nach London mitgeteilt worden, daß Kanzler und Außenminister am 1. Mai in Chequers eintreffen wollten. Auf diesen Tag habe man sich sehr schnell geeinigt. Die beiden Minister würden ohne größere Begleitung reisen.

Der „Tag“ ist der Ansicht, daß im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit der englischen Regierung auch der Plan des deutsch-österreichischen Zollbundes stehen wird. Daß die englische Regierung gerade während der Osterlage die Absicht von der Unterbrechung mit dem Kanzler und dem Außenminister fundiert hat, sei wohl auf die letzte Rede Briands zurückzuführen, die man in London am amtlichen Kreise als recht peinlich empfunden habe. Der „Tag“ erwartet außerdem, daß der Reichskanzler und der Außenminister, wenn sie schon mit der englischen Regierung in vertraulicher Form Fühlung nehmen, auch rechtlos die Wahrheit über die finanzielle Lage und die Reparationen bekennen.

Die englische Regierung hoffe, daß Irland ebenfalls an der Zusammenkunft teilnehmen werde.

Die Einladung Hendersons an Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius ist, wie wir weiter erfahren, bereits im März ergangen, unmittelbar nachdem Henderson seine erste Reise nach Paris und Rom beendet hatte. Sie erfolgte also zu einem Zeitpunkt, als noch niemandem etwas über die österreichisch-deutschen Verhandlungen bekannt war.

Henderson möchte die Einladung als eine besondere freundschaftliche Geste gegenüber den deutschen Staatsmännern angesehen wissen, um die gesamte Atmosphäre zwischen Deutschland und England sowie in Europa überhaupt zu verbessern. Daß bei dieser Gelegenheit politische Fragen zur Sprache kommen werden, darf als selbstverständlich gelten. Man nimmt hier an, daß Henderson sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wird, um unter anderem auch die Abrüstungsfrage anzusprechen. Der Besuch dürfte voraussichtlich noch vor der Sitzung des Völkerbundesrates erfolgen, doch schweben hierüber zur Zeit noch Verhandlungen. Auch das ähnerere Programm des Besuchs ist noch Gegenstand eines Meinungsanstandes zwischen London und Berlin.

### Revolution in Funchal.

\* London. Am Ostermontag ist in Funchal (Madeira) eine Revolution ausbrochen. Sowohl der Zivil- wie der Militärgouverneur sind verhaftet worden. Die Regierungsgewalt ist in den Händen des Generals Sousa Dias. Der Präsident von Portual hat auf Grund eines Kabinettsbeschlusses einen Kreuzer und ein regierungstreues Regiment nach Funchal entsandt.

### Zum Rücktritt des rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 7. April.

Das Kabinett Mironescu ist zurückgetreten. Der König nahm die Demission an. Das Kabinett Mironescu führt inzwischen die Geschäfte weiter. Den unmittelbaren Anlaß zur Demission bildete der Rücktritt des Handelsministers, der bei einer Abstimmung über eine Gesetzesvorlage mit der Regierungspartei in Konflikt geriet.

Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, hat nach einem Telegrammwechsel mit dem König die Betrauung mit der Regierungsbildung angenommen. Er trifft am Mittwoch hier ein und wird sofort Besprechungen mit sämtlichen Parteiführern zur Bildung einer nationalen Konzentrationsregierung aufnehmen. Das Zustandekommen einer solchen Regierung ist immer mehr von der Haltung Maniu abhändig, dessen Partei vorerst auf dem Standpunkt steht, in eine Konzentrationsregierung nur bei Beibehaltung des jetzigen Parlaments einzutreten zu wollen, während sämtliche anderen Parteien, und anscheinend auch die Krone, Neuwahlen wünschen. Die Auflösung des Parlaments dürfte kaum zu vermeiden sein.

### Dr. Schober über den Zollvertrag.

Berlin, 7. April.

Bizkanzler Dr. Schober äußert sich in der „Germania“ eingehend über den deutsch-österreichischen Zollvertrag, dessen Richtlinien, wie er eingangs bemerkt, mit der von ihm in Genf vertretenen Auffassung übereinstimmen, daß die europäische Wirtschaftskrise nur durch den regionalen Wiederaufbau überwunden werden könne. Wir befinden uns, so führt Dr. Schober u. a. aus, in voller Übereinstimmung mit der auf der Genfer Paneuropa-Konferenz zu Tage getretenen Auffassung, als wir Richtlinien nicht nur für die Verhandlungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich, sondern auch für die Verhandlungen mit anderen Staaten zum Zwecke eines regionalen wirtschaftspolitischen Übereinkommens aufstellten und damit eine Grundlage schufen, auf der Oesterreich die handelspolitischen Besprechungen mit Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, das Deutsche Reich aber die Verhandlungen mit Rumänien führen konnte.

Wenn man uns, so schließt Dr. Schober seine Ausführungen, an die von uns im Genfer Protokoll übernommenen Verpflichtungen erinnert, so ist das nur recht und billig. Andererseits aber erinnern wir uns auch der im Genfer Protokoll gegebenen Zusicherung, uns auch bei der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft zu helfen. Diese Hilfe kann doch nicht darin bestehen, daß man uns in einem Augenblick in die Arme fallen würde, wo endlich ein Weg gefunden ist, auf dem eine der Hauptursachen der Wirtschaftsnote nicht nur Deutschlands und Oesterreichs, sondern auch Europas beseitigt werden kann.

### Millionenstiftung für das Deutschlandstudium

New York, 7. April.

Der Legationsindustrielle Gustave Oberlander, der im Jahre 1888 als Zwanzigjähriger aus Deutschland einwanderte, hat der Carl-Schurz-Memorial-Foundation den Betrag von einer Million Dollar zur Förderung von Studien über deutsche Einrichtungen und deutsches Leben, die das deutsche Volk dem amerikanischen Verständnis näherbringen, zugewendet. Der Betrag soll im Laufe von 25 Jahren aufgebraucht werden, so daß jährlich etwa 70 000 Dollar zur Verfügung stehen. Die Verteilung erfolgt in Form von Stipendien, und zwar nur an amerikanische Staatsangehörige, in erster Linie Gelehrte, Journalisten und Sozialpolitiker, zur Unterstützung ihrer Studienreisen nach Deutschland.

## Kommunistische Demonstrationsversuche in Berlin.

187 Personen in den Ostertagen zwangsgestellt.

\*) Berlin, 6. April. In den Ostertagen ist es in der Reichshauptstadt trotz des Verbotes des Polizeipräsidenten zu kommunistischen Demonstrationsversuchen gekommen, die jedoch von der Polizei mühelos unterdrückt werden konnten. Am Ostermontag wurde ein kommunistischer Demonstrationszug in der Semperstraße Ecke Humboldtstraße gegen 14 Uhr aufgelöst. Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit der Kommunisten auf eine lebhaftes Haus- und Propaganda.

In den Ostertagen sind von der Polizei insgesamt 187 Personen zwangsgestellt worden.

Zu größeren Zusammenstößen ist es jedoch nicht gekommen. In der Nacht zum Ostermontag ist ein Glasstrandpavillon der Simeisfabrik im Norden Berlins durch Steinwürfe zertrümmert worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

### Rund 400 Verhaftungen in Braunschweig.

M Braunschweig. In der über Ostern geplanten Tagung der kommunistischen Jugend und der Gottlosenverbände, für die im Stadtbezirk Rundaburgs- und Versammlungsverbot bestand, waren viele auswärtige Kommunisten erschienen und zeigten sich im Strassenbild. Es kam wiederholt zu Ansammlungen. Die Polizei mußte mehrmals einschreiten. Sonnabend nachmittags wurden neben Auswärtigen insgesamt, die an einem verbotenen Umgang teilgenommen hatten. Sie werden wegen Widerstandes dem Richter vorgeführt werden. In der Nacht zum Ostermontag wurden an verschiedenen Stellen der Stadt an den Häusern kommunistische Plakate angeklebt. Am Ostermontag vormittags verhafteten zwei jüngere Kommunisten den Gottesdienst in der Bräuerkirche zu hören. Sie liegen einige Glasflaschen fallen, die mit einer sinkenden Flüssig-

keit gefüllt waren und entfernten sich dann. Der Gottesdienst nahm seinen Fortgang. Gegen Mittag fanden in den nachbarten Ostkiefern kommunistische Versammlungen statt. Im Anschluß hieran bildeten sich Demonstrationszüge. Die Teilnehmer verließen geschlossen in die Stadt zu gelangen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Dabei wurden 120 Personen festgenommen. Am späteren Nachmittag bildete sich auf dem Kleinen Exerzierplatz, wo 500 bis 600 Teilnehmer zusammengekömmt waren, ein Demonstrationszug, der ebenfalls von der Polizei anseinergetrieben wurde. Dabei wurden 219 Personen festgenommen und in Haft gesetzt. Zwei Verhaftete, bei denen Waffen gefunden wurden, werden dem Richter vorgeführt werden. Ein Polizeiwachmeister erhielt einen Stich durch den Hals in den Kopf. Der Täter wurde verhaftet. Seit Erlass des Demonstrations- und Versammlungsverbotes am 1. April sind insgesamt 487 Personen, meist Auswärtige, festgenommen worden.

### Die Fürstenwalder Kommunistenverhaftungen

Berlin, 7. April.

Zu den Ermittlungen über kommunistische Propaganda im Reiterregiment Nr. 9 in Fürstenwalde erfahren wir von unterrichteter Seite, daß von den vorläufig festgenommenen zwei Soldaten und zwölf Zivilpersonen verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden sind, da gegen sie der dringende Verdacht kommunistischer Propaganda in der Reichswehr besteht. Gegen die übrigen zunächst festgenommenen Soldaten wird eine disziplinarische Untersuchung durchgeführt werden. Dem raschen Zugriff der Polizei ist es gelungen, eine im Aufbau befindliche Zeretzungsorganisation in der Reichswehr zu zerstoren.